



Nein zum Deutschlandstipendium: Rechtsanspruch auf Bildung statt Charity-Veranstaltung

Rede von Nicole Gohlke, 21. Mai 2015

Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Vor fünf Jahren wurde das Deutschlandstipendium von der damaligen schwarz-gelben Bundesregierung aus der Taufe gehoben. Es hieß, man wolle die Studienfinanzierung endlich zukunftstauglich machen und die 10 Prozent leistungsstärksten Studierenden zusätzlich und einkommensunabhängig mit 300 Euro monatlich fördern. 150 Euro sollte ein privater Stipendienggeber oder ein Unternehmen geben, 150 Euro sollte der Bund dazulegen.

Kolleginnen und Kollegen, ich finde es wichtig, sich noch einmal in Erinnerung zu rufen, worum es 2010 ging. Es ging um nichts Geringeres als darum, dass die FDP im Schlepptau mit der Union den Einstieg in eine andere Form der Studienfinanzierung durchdrücken wollte,

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Da hat sie recht!)

und zwar in eine – um es ganz klar zu sagen – Elitenförderung auf Kosten der Breite. Und deswegen hat die Linke dazu von Anfang an Nein gesagt.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Wir auch! – Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und die Grünen auch!)

Und die Grünen auch.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Und die SPD auch!)

Und die SPD auch. Darauf kommen wir gleich noch einmal zu sprechen.

Fünf Jahre später müssen wir feststellen: Die ganzen Pläne von damals erweisen sich als kolossaler Reinfluss. Im Grunde ist das alles grandios gescheitert, die FDP übrigens gleich als ganze Partei, die für ihre elitäre Politik abgestraft wurde,

(Beifall bei der LINKEN)

und das Deutschlandstipendium gleich mit ihr; denn jedes Jahr stellen wir fest, dass es weit hinter den Erwartungen zurückbleibt und eine völlige Fehlkonstruktion ist. Gerade einmal 0,8 Prozent der Studierenden – um genau zu sein: 0,76 Prozent – wurden im Jahr 2013 damit gefördert. Die Hochschulen finden kaum Stipendienggeber und müssen mühsam und mit massivem bürokratischem Aufwand Bittbriefe an Unternehmen in der Region verschicken. Der Bundesrechnungshof kritisiert das Deutschlandstipendium regelmäßig für die ausufernden Verwaltungskosten und für die Verschwendung von Steuergeldern. Da fragt man sich: Warum hält die jetzige Regierung, an der auch die SPD beteiligt ist, an diesem Projekt fest?

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir auf eine Sache gut verzichten können, dann ist es doch wohl noch mehr Elitenförderung in der Bildung! Denn hinter dem Deutschlandstipendium, das von Schwarz-Gelb seinerzeit als „zukunftsstauglich“ etikettiert wurde, verbirgt sich

doch in Wahrheit ein völlig antiquiertes Politik- und
Bildungsverständnis. Dahinter steht die Idee, dass
reiche Gönner und Mäzene wenigen von ihnen
auserkorenen Begünstigten Unterstützung auf ihrem
Bildungsweg zukommen lassen. Kolleginnen und
Kollegen, das ist das Gegenteil von
Chancengleichheit. Das ist das Gegenteil von
Rechtsanspruch auf Bildung. Deswegen gehört dieser
Blödsinn abgeschafft!

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der
SPD - Dr. Stefan Kaufmann [CDU/CSU]: Lassen Sie
doch beide nebeneinander zu! Wo ist denn das
Problem, Frau Kollegin?)

Es gibt noch einen weiteren Aspekt. Um überhaupt
Geldgeber zu finden, werden den Stiftern immer
wieder erhebliche Mitspracherechte bei der Auswahl
der Stipendiatinnen und Stipendiaten zugestanden.
Das erklärt auch, warum die meisten Geförderten in
MINT-Fächern, in den Ingenieurs- und
Naturwissenschaften, oder in der BWL zu finden sind.

(Sybille Benning [CDU/CSU]: Quatsch!)

Von einer gleichen Behandlung der Studierenden und
davon, dass nur Leistung und Engagement zählen,
kann offensichtlich nicht die Rede sein.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Kai Gehring
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Laufzeit einer Förderperiode beim Deutschland-
stipendium beträgt nur ein Jahr; das heißt: Nach
einem Jahr wird geprüft, ob die Stipendiatinnen und
Stipendiaten immer noch „leistungsstark“ und
„förderungswürdig“ genug sind. Der Stipendiengeber
entscheidet erneut, ob die Förderung überhaupt
aufrechterhalten werden soll. Für die Studierenden
bedeutet das Unsicherheit und Abhängigkeit statt
Planungssicherheit. Dann haben die Stipendiengeber
und Unternehmen auch noch die Möglichkeit, ihren

Anteil von 150 Euro steuerlich abzusetzen, geben also de facto nur 100 Euro.

Ich finde es, ehrlich gesagt, unerträglich, trotz der genannten Rahmenbedingungen ständig die großartige Spendenbereitschaft der Stifter zu loben, wie das vor allem die Union tut. Wenn Sie Unternehmen und Reiche an der Finanzierung von Bildung beteiligen wollen, dann erhöhen Sie doch einfach den Spitzensteuersatz.

(Beifall bei der LINKEN)

Besteuern Sie große Vermögen, statt aus dem Rechtsanspruch auf Bildung in Wahrheit eine Charity-Veranstaltung zu machen.

(Zuruf von der LINKEN: Genau!)

Halten wir also fest: Das Deutschlandstipendium ist weder bedarfsdeckend noch planungssicher für die Studierenden. Für die Hochschulen ist es teuer und ein unverhältnismäßig hoher Verwaltungsaufwand. Der Staat verpulvert Steuergelder. Von der Förderquote her ist das Deutschlandstipendium weit davon entfernt, einen substanziellen Beitrag zur Studienfinanzierung in der Bundesrepublik zu leisten.

Kolleginnen und Kollegen von der Regierung, ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie noch Argumente haben, die diese traurige Bilanz wettmachen könnten. Trennen Sie sich von Ihrem misslungenen Eliteprojekt! Machen Sie den Weg frei für sinnvolle Projekte und für eine echte und substanzielle BAföG-Reform, die wir seit Jahren anmahnen!

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)